

## „Steinig“ in der Diskussion

### Eisingen billigt Zweckverband-Gründung für das interkommunale Gewerbegebiet

**Eisingen** (ms). Die Gründung des Zweckverbandes für das interkommunale Gewerbegebiet (IKG) Steinig auf Pforzheimer Gemarkung, das heißt die Zustimmung zum vorliegenden Satzungsentwurf, wurde bei der Sitzung des Eisinger Gemeinderates diskutiert.

Bürgermeister Roland Bauer wies darauf hin, dass dem Satzungstext eine Reihe von Beratungen der beteiligten Kommunen, Stadt Pforzheim, Neulingen, Ispringen und Eisingen vorausgegangen seien (siehe auch oben stehenden Artikel). Ob Ispringen endgültig mit im Boot sei, stünde noch nicht fest, da zwei Bedingungen beim knappen Zustimmungsbeschluss seitens des Ge-

meinderates gestellt worden seien. Es gehe einmal um die Regelung des Kündigungsrechtes eines Verbandspartners. Zudem werde verlangt, dass die notwendige Aufforstung als Ersatz für den verloren gehenden 16 Hektar Wald nicht auf Ackerflächen erfolgen dürfe.

Bürgermeister Bauer sagte, dass nach Auffassung der Rechtsabteilung der Stadt ein einseitiges Kündigungsrecht eines Zweckbandsmitglieds nach dem

Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (GKZ) nicht vorgesehen sei. Beim geforderten Aufforstungsverbot auf Ackerflächen sei nicht geklärt, ob sich dies nur auf die Ispringer Gemarkung beziehe oder ob es für alle Mitgliedsgemarkungen gelten solle. „Wenn Ispringen nicht beitrifft, ist dann Eisingen auch raus?“, fragte Gemeinderätin Monja Beck (FWV). Sie bezog sich damit auf Eisinger Bedingungen, die den

Anteil begrenzen. Bauer erklärte, dass Neulingen bereit wäre, im Bedarfsfall die Ispringer Anteile zu übernehmen, so dass kein Hinderungsgrund für den Beitritt von Eisingen bestehe.

Bauer machte deutlich, dass die 380-kV-Höchstspannungsleitung planerisch nicht mehr über das Gewerbegebiete gehe. Dadurch würde der Wert des Gewerbegebietes nicht mehr geschmälert. Ratsmitglied Markus Dunkel

(FWV) sprach für sich von einem Umdenken nach dem Aus für das schlüssige Projekt „Ersinger Kreuz“. Er habe eine Reihe von Zweifeln. Unter anderem nannte er: nicht absehbare Kosten, nicht verifizierbarer Nutzen, keine Garantie, dass das Vorhaben jemals Gewinn für die Gemeinde abwerfe. Auch sei die Aussage des Pforzheimer Bürgermeisters Alexander Uhlig bedenklich: „Das Gebiet sei am wenigsten ungeeignet.“ Thomas Karst (CDU) sieht die Beteiligung am IKG Steinig als Chance, die Finanzsituation zu verbessern. Der Rat stimmte mit neun Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen der Gründung des Zweckverbandes zu.